

**Rede von Botschafter Stephan Steinlein bei einer Veranstaltung des Forums
Ordnungspolitik e.V. und des Walter Eucken Instituts**

„Deutschland und Frankreich – Partner in schwierigen Zeiten“

Freiburg 23. Januar 2024

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bin sehr gern Ihrer Einladung gefolgt, und dies umso mehr, nachdem ich mich in den letzten Tagen intensiver mit Freiburg und seiner reichen deutsch-französischen Geschichte beschäftigt habe.

Eine Episode, auf die ich gestoßen bin, fand ich ganz besonders interessant: Wer am 4. August 1923 im Freiburger Bahnhof aus dem Zug stieg, rieb sich verwundert die Augen. Der ganze Bahnhof hing voller Plakate, auf denen in Deutsch und Französisch zu lesen war: „3. Internationaler Demokratischer Kongress“, „3ème Congrès Démocratique International“. Pfeile wiesen den Weg zum Katholischen Vereinshaus, wo sich das Kongress-Sekretariat befand. 150 Franzosen waren gekommen, 600 Deutsche, vor allem junge Menschen aus allen Teilen des Landes, zum Teil zu Fuß über den Schwarzwald, weil sie sich eine Bahnreise wegen der grassierenden Inflation nicht leisten konnten. Viele Teilnehmer schliefen bei Freiburger Bürgern. 22 Ländern, darunter so exotische wie Indien und Venezuela, waren auf diesem Kongress vertreten, alle beseelt von dem Willen, die Verständigung zwischen den Völkern zu befördern und die Geißel des Krieges endgültig zu bannen.

Die beiden ersten Internationalen Demokratischen Kongresse, organisiert durch den französischen Pazifisten Marc Sangnier, hatten in Paris und Genf stattgefunden. Und es war alles andere als selbstverständlich, den dritten Kongress im Lande des „Erbfeindes“ zu organisieren. Sangnier und seine Weggenossen wagten es, allen Vorbehalten zum Trotz. Und es wird Sie nicht wundern: Die Freiburger erwiesen sich als großartige Gastgeber. Der Herr Oberbürgermeister eröffnete den Kongress, zusammen mit dem Staatspräsidenten der Republik Baden, Adam Remmele. An den öffentlichen Sitzungen im Paulussaal nahmen Tausende Bürgerinnen und Bürger teil,

bei der Abschlussveranstaltung war ein Zehntel der Freiburger Stadtbevölkerung zugegen.

Die Franzosen waren überwältigt: Zum ersten Mal trafen sie auf eine deutsche Bevölkerung und vor allem auf eine deutsche Jugend, die gemeinsam mit ihnen an einem friedlichen Europa bauen wollte. In einer vergilbten Pariser Zeitung habe ich – dem Online-Zugang der französischen Nationalbibliothek sei Dank - die begeisterten Berichte über das Freiburger Treffen nachgelesen. Und mich, die Bemerkung sei erlaubt, gefragt, warum es erst eines zweiten Krieges bedurfte, um den Gedanken der Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen Wirklichkeit werden zu lassen.

Oft höre ich den Vorschlag, dass es heute eines neuen, ganz anderen Ansatzes bedürfe, jenseits der etwas altbackenen Idee der Völkerverständigung und der Überwindung der „Erbfeindschaft“, um Begeisterung für die deutsch-französische Zusammenarbeit zu wecken. Ich verstehe das Anliegen, das hinter diesem Gedankengang steht, und werde auch im Laufe meiner weiteren Ausführungen darauf einzugehen versuchen. Aber wir sollten den Gedanken der Völkerverständigung nicht vorschnell für überholt erklären. Der schreckliche Krieg in der Ukraine, die Konflikte auf dem Balkan, zeigen, wie wichtig es ist, ein lebendiges Beispiel dafür zu sein, dass alte Feindschaft überwunden werden kann, ja, dass Freundschaft auch zwischen „Erbfeinden“ möglich ist. Der Rückblick auf den Freiburger Versöhnungs-Sommer 1923, zehn Jahre vor der Machtergreifung der Nazis, erinnert uns aber auch daran, dass Völkerverständigung im wahrsten Sinne eine Jahrhundertaufgabe ist, zu der jede Generation ihren Stein beisteuern muss und die zu keinem Zeitpunkt, auch heute nicht, abgeschlossen ist.

Genau hundert Jahre nach diesem denkwürdigen Freiburger Kongress, im Jahr 2023, veröffentlichte der langjährige französische Botschafter in Berlin, Claude Martin, den zweiten Teil seiner politischen Biografie auf Französisch unter dem Titel „Quand je pense à l'Allemagne, la nuit.“ „Denk ich an Deutschland in der Nacht“. Sie alle kennen den zweiten Teil dieses Verses von Heinrich Heine: „... dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ Über 900 Seiten eine interessante Bestandsaufnahme der deutsch-französischen Beziehungen, gespickt mit vielen Anekdoten und persönlichen Erlebnissen. Aber gleichzeitig auch die Geschichte einer großen Enttäuschung. Nach

vielen Jahren Beschäftigung mit Deutschland, nach acht Jahren als Botschafter in Berlin, zieht er im Rückblick ein bitteres Fazit. In seinen eigenen Worten: Ein Traum ist ausgeträumt. "Zwischen uns gab es nur noch Routinezusammenarbeit, Zweckbeziehungen. Vielleicht hatten wir bei unserem Versuch, uns einander anzunähern, die riesige Kluft unserer Unterschiede unterschätzt. Wir träumten von einer exemplarischen Union - und waren nur zu netten Nachbarn geworden. Wir hatten versagt."

Als ich mich im letzten Sommer auf meinen Einsatz in Paris vorbereitete, stand uns im deutsch-französischen Verhältnis ein schwieriger Herbst bevor. Auf europäischer Ebene und auch im bilateralen Verhältnis hatte sich eine Reihe von Konfliktthemen angesammelt, bei denen schwer abzusehen war, ob überhaupt und wie man zu Lösungen kommen könnte: das künftige Design des europäischen Energiemarktes mit der Frage der Rolle der Nuklearenergie, die Reform des Stabilitätspaktes, die Zukunft der europäischen Trägerrakete Ariane 6, militärischen Entwicklungsprojekte wie FCAS und MGCS, die gemeinsame Entwicklung des Kampfflugzeuges der nächsten Generation und des Kampfpanzers der Zukunft, um nur die wichtigsten zu nennen. Bei keinem dieser Themen konnte man sicher davon ausgehen, dass es gelingen würde, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Und so war ich im Juli in ernsthafter Sorge vor einem heißen deutsch-französischen Herbst.

Heute, sechs Monate später, sehen Sie vor sich einen ziemlich entspannten Botschafter. Zumindest was diese Streitthemen anlangt. Es ist uns gelungen, in allen genannten Fragen tragfähige Kompromisse zu finden. Der deutsch-französische Reflex, von dem so oft die Rede ist, hat funktioniert. Oder, besser gesagt: Die Einsicht hat obsiegt, dass ohne eine deutsch-französische Verständigung Europa zum Stillstand verurteilt ist. Ich habe die für mich sehr wichtige Erfahrung gemacht, dass es überall, in der deutschen und französischen Ministerialbürokratie, aber vor allem auch an der Spitze, hinreichend viele Menschen und den notwendigen politischen Willen gibt, aufeinander zuzugehen und sich zu einigen. Und das macht mir Hoffnung, dass uns das auch in Zukunft gelingt.

Erlauben Sie mir, dass ich kurz einige der Themen aufrufe, damit sie verstehen, was auf der politischen Ebene heute das deutsch-französische Brot- und Buttergeschäft

ist. An erster Stelle standen für mich als Botschafter, vom Tag eins an, Fragen der Energiepolitik. Es ging darum, die Regeln für den europäischen Energiemarkt neu zu definieren, Dumping auszuschließen, Wettbewerb zu ermöglichen, das Ganze erschwert durch energiepolitische Philosophien, die unterschiedlicher kaum sein könnten. Frankreich setzt auf Autonomie und betreibt den forcierten Neubau von Atomkraftwerken der nächsten Generation. Deutschland hat sich von der Atomkraft verabschiedet und setzt auf den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren sowie internationale Wasserstoff-Partnerschaften, um mit grünem Wasserstoff auch im Fall von Dunkelflauten eine stabile Energieversorgung sicherstellen zu können. Keiner der beiden Partner ist, um es vornehm auszudrücken, von dem Weg des jeweils anderen überzeugt. Dennoch galt es, zu gemeinsamen Regeln für Preisgestaltung und Wettbewerb finden – und das haben wir geschafft.

Das informelle Treffen der beiden Regierungen in Hamburg im Oktober, zu dem Bundeskanzler Olaf Scholz eingeladen hatte, ermöglichte es, in einem vertraulichen Rahmen eine Einigung auf europäischer Ebene vorzubereiten. Und tatsächlich wurde im Dezember letzten Jahres dann ein Kompromiss in Brüssel erzielt. Entscheidend dafür war, dass beide Seiten darauf verzichteten, dogmatische Grundsatzdiskussionen zu führen, sondern dass sie die souveräne Entscheidung des jeweils anderen akzeptiert haben und auf dieser Grundlage pragmatisch vorgegangen sind. Wer Frankreich ein wenig kennt, der wird wissen, dass es ganz und gar aussichtslos ist, Frankreich von der Nuklearenergie abzubringen. Und ich sage allen Franzosen, die unseren Verzicht auf die Nuklearenergie für einen Holzweg halten, dass der Atomausstieg in Deutschland irreversibel ist und selbst die Wirtschaft kein Interesse daran hat, die alten Konflikte wieder aufleben zu lassen. Welcher Weg der klügere ist, wird die Zukunft und vor allem der Markt zeigen. Noch weiß keiner, welches Preisschild an den künftigen französischen Atommeilern hängen wird. Und auch in Deutschland haben wir noch die eine oder andere Frage zu klären.

Ich weiß, wo ich persönlich in dieser Frage stehe, aber ich wir sollten in diesen Fragen auf missionarischen Eifer verzichten und stattdessen unsere jeweiligen Hausaufgaben machen. Und auch das sollte betont werden: Jenseits des Dissenses in der Frage der Nuklearenergie gibt es viele Gemeinsamkeiten: Auch Frankreich

wird massiv in den Ausbau der Erneuerbaren investieren müssen. Deutsche Unternehmen, nicht zuletzt EnBW, aber auch Siemens Energy und andere, stehen in den Startlöchern. Und ganz unabhängig von deutschen unternehmerischen Interessen: Es gibt ein enormes Potential der Zusammenarbeit bei Energieforschung, Netzentwicklung oder Speichertechnologien. Wir mögen zwar im Nuklearbereich unterschiedlichen Pfaden folgen, im Ziel der Dekarbonisierung sind wir uns einig. Und wir stehen beide vor der Aufgabe, über die notwendigen Schritte der energetischen Transformation unsere Wettbewerbsfähigkeit und die Zustimmung unserer Bevölkerung nicht zu verlieren. Die jüngsten Proteste der Landwirte in Deutschland und Frankreich zeigen es erneut: Beim Energiethema operieren wir am offenen Herzen unserer Volkswirtschaft und unserer Gesellschaft. Das macht dieses Thema delikater als alle, mit denen wir sonst zu tun haben.

Ein zweites Thema, dessen Tragweite für die deutsch-französischen Beziehungen ich erst richtig in Paris verstanden habe, ist das Thema Weltraum und Ariane 6. Ist bei uns das Wirtschaftsministerium dafür zuständig, ist das Thema in Frankreich direkt beim Elysee aufgehängt. Bei meinem Antrittsbesuch beim Chef des Elysée, Alexis Kohler, war es gleich nach der Energiepolitik das zweitwichtigste Anliegen. „Wie sieht eure Vision für eine künftige europäische Weltraumpolitik aus?“, fragte er mich. Ich habe es ihm erläutert: „Mehr Wettbewerb, weniger Subventionen.“ Auf dem Gipfeltreffen der Europäischen Weltraumagentur ESA in Sevilla im November ist es, wieder vorbereitet durch eine deutsch-französische Vorabvereinbarung, gelungen, einen Kompromiss zur Weiterführung des Ariane-Programms bei gleichzeitiger Öffnung des Trägerraketenmarktes für mehr innereuropäischen Wettbewerb zu finden. Aber die Frage bleibt gestellt: „Was ist unser Ehrgeiz in diesem Bereich, nicht nur mit Blick auf Elon Musk and Space X, sondern auch gegenüber China, Indien, Iran, um nur einige zu nennen, die große Weltraumprogramme unterhalten?“

Erhebliche Fortschritte gab es in den letzten Monaten bei den militärischen Entwicklungsprogrammen FCAS und MGCS, bei denen die beiden Verteidigungsminister Lecornu und Pistorius bei einem denkwürdigen Treffen im September in Évreux vereinbart haben, ihr volles politisches Gewicht einzubringen, um beide Programme zu einem Erfolg zu machen. Der große Klassiker bei den deutsch-französischen Streitthemen ist die Währungs- und Stabilitätspolitik. Die

Franzosen schauen mit einem gewissen Unverständnis auf die deutsche Stabilitätskultur, die es uns in ihren Augen schwermacht, notwendige Investitionen zu tätigen. Wir wiederum verorten sie schnell im ausgabenfreudigen „Club Med“. In wenigen Bereichen treffen wir auf so viele Stereotype wie im Bereich der Finanz- und Währungspolitik. Wie immer ist etwas Wahres an den Zuschreibungen - und wie immer ist die Wirklichkeit komplexer. Meine Pariser Gesprächspartner wissen, dass ein Schuldenstand von 112% des BIP nicht nachhaltig ist und angesichts der aktuellen Zinsentwicklung staatliche Handlungsspielräume zu strangulieren droht.

Der französische Finanzminister Bruno Le Maire ist nicht nur ein hervorragender Kenner Deutschlands und perfekt deutschsprachig. Er ist auch innerhalb der französischen Regierung der Garant einer eher stabilitätsorientierten Finanz- und Wirtschaftspolitik. In langen, sehr intensiven Verhandlungen haben er und Christian Lindner die Grundlagen für eine Reform der Regeln des Stabilitätspaktes gelegt, die die von der EU-Kommission vorgelegten Vorschläge in unserem Sinne korrigiert hat und die kurz vor Weihnachten in Brüssel verabschiedet worden ist. Bis zuletzt war unklar, ob diese sehr wichtige Einigung tatsächlich zustande kommt. Sie können sich meine Erleichterung vorstellen, als endlich weißer Rauch aufstieg und auch dieses deutsch-französische Konfliktthema kurz vor Jahresende abgeräumt war.

Nicht verschweigen darf ich in dieser eher positiven Nacherzählung der deutsch-französischen Beziehungen der letzten Monate die Entscheidung des Goethe-Instituts, drei Institute in Frankreich zu schließen, in Bordeaux, Lille und Strasbourg. Auch wenn das Institut in Strasbourg nur noch auf dem Papier bestand und auch die anderen in ihren Wirkungsmöglichkeiten schon aufgrund von finanziellen Restriktionen deutlich beschränkt waren, war das ein – diplomatisch ausgedrückt - „schwieriges“ Signal an alle, die sich in Frankreich um die Pflege der deutschen Sprache und Kultur kümmern. Ich kann hier auf die Hintergründe dieser Entscheidung nicht weiter eingehen, eine Entscheidung, die wenig mit dem deutsch-französischen Verhältnis zu tun hatte, viel aber mit einem schwierigen Verhältnis zwischen dem Goethe-Institut und dem Haushaltsausschuss. Nur so viel sei gesagt, dass es einiger Anstrengungen bedürfen wird, um die negativen Folgen dieser Entscheidung abzufedern und vor allem – das ist für mich entscheidend - den Deutsch-Lehrerinnen und -Lehrer in Frankreich das Gefühl zu geben, dass sie nicht

allein gelassen werden in ihrem schwierigen Einsatz für die deutsche Sprache. Ich freue mich, dass die deutsch-französische parlamentarische Versammlung es sich zur Aufgabe gemacht hat, sich in der Sprachenfrage zu engagieren. Niemand bestreitet, dass es notwendig ist, Englisch zu lernen. Unser Ziel in Europa sollte aber weiter die Drei- und Mehrsprachigkeit bleiben.

Bis hierher habe ich über die vergangenen fünf Monate gesprochen. Kommen wir nun zu dem, was uns in diesem Jahr erwartet. Im deutsch-französischen Verhältnis steht uns ein intensives Jahr bevor. Kurz vor den Europawahlen im Juni will Präsident Emmanuel Macron Ende Mai seinen verschobenen Staatsbesuch in Deutschland nachholen und damit ein starkes europapolitisches Signal senden.

In einer Serie von aufwendigen Gedenkveranstaltungen wird in Frankreich an die 80. Jahrestage der alliierten Landungen in der Normandie und an der Mittelmeerküste, des deutschen Massakers in Oradour-sur-Glane, der Befreiung von Paris und Strasbourg erinnert werden. Über die Form der deutschen Beteiligung an diesen Gedenkveranstaltungen sind wir derzeit im Gespräch. Wie wichtig die gemeinsame Erinnerung an diese Zeit ist, muss ich hier wohl nicht näher ausführen. Ich war sehr berührt, als mir die Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo, in der letzten Woche eine Einladung an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier übergab und mir sagte, wie sehr sie sich freuen würde, auch die Befreiung von Paris gemeinsam mit ihm und damit mit Deutschland begehen zu können.

Der Sommer wird ganz im Zeichen der Olympischen und Paralympischen Spielen stehen. Unmittelbar vorher finden in Deutschland die Fußball-Europameisterschaften statt. Über all diese Großsportereignisse soll sich das Dach eines deutsch-französischen Sportsommers wölben, in dessen Vorbereitung das Deutsch-Französische Jugendwerk eng eingebunden ist. Sie sehen, eine Vielzahl von Besuchen und Begegnungen stehen uns bevor. Und wenn ich Begegnungen sage, dann meine ich nicht nur die Begegnungen zwischen den Spitzenvertretern unserer Länder, sondern die vielen Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürgern, zwischen jungen Menschen, zwischen den vielen, die sich in Städtepartnerschaften und Schulaustauschen engagieren. Das Netzwerk, das unsere beiden Länder verbindet, hat keine Entsprechung anderswo in der Welt. Es ist ein Schatz, den es zu pflegen

und zu bewahren gilt. Dem dient eine ganze Reihe von neuen Initiativen, die auf dem Vertrag von Aachen fußen, der vor fünf Jahren zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen wurde. Erlauben Sie mir, drei davon beispielhaft zu nennen.

Ich denke zum Beispiel an den Passe France-Allemagne, der es 60.000 jungen Deutschen und Franzosen im letzten Jahr erlaubt hat, umsonst das jeweilige Nachbarland zu bereisen. Ich denke an den Kulturpass, inspiriert von dem französischen Pass culture. Die Kulturministerien arbeiten derzeit daran, die Gültigkeit des Kulturpasses auch im jeweiligen Nachbarland zu ermöglichen. Oder ich denke an deutsch-französischen Bürgerfonds, der auf den Vertrag von Aachen zurückgeht und der seit seinem Bestehen bereits mehr als 2.000 grenzüberschreitende Projekte finanziell unterstützt hat.

„Aber reicht das alles?“, höre ich Claude Martin fragen. Ist das nicht alles bloße Routine? Bleibt das nicht hinter dem großen Traum von de Gaulle und Adenauer zurück? Ich erinnere an seine eingangs zitierten harschen Worte: „Wir träumten von einer exemplarischen Union - und waren nur zu netten Nachbarn geworden. Wir hatten versagt.“ Oder wie mir vor einigen Tagen eine kluge Pariser Gesprächspartnerin entgegenhielt, als wir uns über den Stand der deutsch-französischen Beziehungen unterhielten: „Es ist ja schön, dass wir in der Lage sind, auch in schwierigen Fragen zu Kompromissen zu kommen. Aber aus einer Aneinanderreihung von Kompromissen entsteht noch kein Aufbruch, kein gemeinsames Projekt, keine Begeisterung.“

Es gibt ein berühmtes Zitat von Antoine de Saint-Exupéry, das mir oft in den Sinn kommt, wenn ich über die deutsch-französischen Beziehungen nachdenke: „Liebe besteht nicht darin, dass man einander ansieht, sondern, dass man gemeinsam in die gleiche Richtung blickt.“ Natürlich ist es schön, wenn man sich für seinen Nachbarn und seine Kultur interessiert, seine Sprache lernt. Natürlich ist es angesichts unserer turbulenten deutsch-französischen Geschichte nachgerade ein Wunder, dass wir heute füreinander gute Nachbarn geworden sind. Aber eine neue Qualität der deutsch-französischen Beziehungen, ein neuer Aufbruch, ja ich würde sogar so weit gehen: eine neue Begeisterung, entstehen überall da, wo wir gemeinsam nach vorn schauen, wo wir mutig die großen Probleme unserer Zeit

angehen, Gefahren gemeinsam meistern, neue Wege erkunden. Denn Gefahren gibt es. Und neue Wege braucht es.

Vier Bereiche will ich kurz nennen, wo mir eine noch engere deutsch-französische Zusammenarbeit erwünscht und möglich erscheint.

Erstes Thema: Europa. Der Europäische Rat im Dezember hat die Weichen für eine neue Erweiterungsrunde der Europäischen Union gestellt. Große Länder wie die Ukraine, komplizierte Länder wie die Staaten des westlichen Balkans, klopfen an die Tür der EU, und es gibt viele gute Gründe, ihnen den Zugang nicht zu verweigern. Gleichzeitig kennen wir die Komplexität und Bedächtigkeit der Brüsseler Entscheidungsprozesse, die sich in einer von Großmachtrivalitäten geprägten Welt ein ums andere Mal als Wettbewerbsnachteil erweisen.

Die Europaministerinnen der beiden Länder haben im letzten Jahr eine Studie in Auftrag gegeben, die Vorschläge enthält, wie wir Europa auf die anstehenden Erweiterungen vorbereiten können. Die Außenministerien beider Länder werden auf dieser Grundlage weiterarbeiten. Unser Ziel muss es sein, Erweiterung und Reform der EU als die zwei Seiten einer Medaille zu betrachten. Mit der neuen Regierung in Warschau gibt es die Möglichkeit, auch das Weimarer Dreieck für diesen Ansatz zu nutzen. Der neue französische Außenminister Stéphane Séjourné hat in seinen ersten öffentlichen Äußerungen den klaren Willen geäußert, das Weimarer Dreieck zu reaktivieren. Stéphane Séjourné ist ein guter Kenner Europas und ein enger Vertrauter von Präsident Macron. Ich bin zuversichtlich, dass wir mit ihm einen guten Partner haben, um über die Gestalt eines künftigen größeren Europas nachzudenken und die notwendigen Schritte vorzubereiten.

Als Präsident Emmanuel Macron die Stärkung der europäischen Souveränität zu einem Leitmotiv seiner Präsidentschaft gemacht hat, war die Aufnahme in Deutschland zurückhaltend. Noch heute werde ich immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel seinerzeit keine angemessene Antwort auf seine 2017 gehaltene Sorbonne-Rede gegeben hat. Richtig ist, dass Deutschland bis heute stärker transatlantisch geprägt ist, was auch bedeutet, dass der souveränitätsorientierte, gaullistische Reflex bei uns nicht sehr ausgeprägt ist.

Aber angesichts der geopolitischen Veränderungen um uns herum, der Verschiebung der geopolitischen Gewichte in Richtung Pazifik, der Erfahrung der Trump-Präsidentschaft und der Gefahr seiner Rückkehr sehe ich auch in Deutschland eine größere Bereitschaft, über das Thema europäische Souveränität nachzudenken. Nicht im Sinne einer per se illusorischen „Autonomie“, sondern im Sinne einer Stärkung von strategischem Denken und Handlungsfähigkeit. Es gibt in der Psychologie den schönen Begriff der „Selbstwirksamkeit“, definiert als Vertrauen einer Person, aufgrund eigener Kompetenzen gewünschte Handlungen auch in Extremsituationen erfolgreich selbst ausführen zu können. Wäre das nicht eine schöne Beschreibung für das, was wir als Europa in Zukunft zumindest anstreben sollten?

Zweites Thema: Verteidigung. Der brutale russische Angriff auf die Ukraine hat uns sehr unsanft daran erinnert, dass der Krieg auch auf unserem Kontinent nicht gebannt ist. Die Zeit der Friedensdividende ist vorbei, ein Umsteuern nicht nur bei den Verteidigungsausgaben ist in vollem Gange. Bundeskanzler Olaf Scholz hat die „Zeitenwende“ ausgerufen, Verteidigungsminister Boris Pistorius spricht von „Kriegstüchtigkeit“. In Frankreich wird diese Diskussion sehr genau verfolgt und grundsätzlich begrüßt, auch wenn die Beschaffung von amerikanischen und israelischen Luftverteidigungssystemen im Rahmen der Sky Shield Initiative kritisch gesehen wird. Wie im Fall der geplanten Beschaffung von F-35-Flugzeugen müssen wir unseren französischen Gesprächspartnern immer wieder geduldig erläutern, was die Hintergründe dieser Entscheidungen sind, dass sie nicht gegen gemeinsame europäische Rüstungsprojekte gerichtet sind, sondern dazu beitragen sollen, bestehende Fähigkeitslücken schnell zu schließen, indem man das kauft, was auf dem Markt schnell zu beschaffen ist.

Wir wissen nicht, wie die amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Herbst ausgehen, aber zumindest im Falle eines Wahlsiegs von Donald Trump wird sich die Frage nach der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur mit ganz anderer Schärfe stellen. Die militärische Kultur und die sicherheitspolitische DNA in Deutschland und Frankreich sind sehr unterschiedlich. Frankreich hat eine vordergründig ungebrochene Militärkultur, viele Regimenter führen ihre Tradition bis

auf die Napoleonischen Kriege zurück. Frankreich denkt im Verteidigungsbereich traditionell gaullistisch, betont also die eigene Souveränität, selbst wenn die tatsächliche Zusammenarbeit im NATO-Rahmen heute viel enger ist als es nach außen erscheint. Frankreich ist eine Nuklearmacht und verfügt über eine eigene Abschreckungsdoktrin. Seine Streitkräfte sind weltweit im Einsatz. Ganz anders die Bundeswehr: Die großen Einsätze außerhalb Europas, in Afghanistan oder jüngst Mali, gehören vorerst der Vergangenheit an. Die Bundeswehr besinnt sich zurück auf ihr Kerngeschäft und konzentriert sich wieder auf die Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung. Mit der beabsichtigten Stationierung von fast 5.000 Bundeswehrsoldaten in Litauen wird sich der Fokus unserer Streitkräfte noch weiter nach Norden und in den Ostseeraum verschieben, ganz anders als die französischen Streitkräfte, die auch in Zukunft auf schnelle Verlegbarkeit und weltweite Einsatzfähigkeit setzen werden. Wir wissen heute nicht, wie der Krieg in der Ukraine ausgeht, sind uns aber mit Frankreich glücklicherweise einig, dass wir alles tun müssen, um die Ukraine militärisch und wirtschaftlich zu unterstützen. Eines ist klar: Auch wenn dieser Krieg eines Tages endet, werden wir es auf lange Zeit mit einem aggressiven, revisionistischen Russland zu tun haben, einem Russland, gegen das sich Europa gemeinsam schützen und verteidigen muss.

Der sicherheitspolitische Dialog zwischen Deutschland und Frankreich muss auf allen Ebenen intensiv geführt werden, was in der Vergangenheit nicht immer der Fall war. Ich freue mich, dass auch die Verteidigungsausschüsse beider Länder noch in diesem Monat in Berlin zusammenkommen wollen. Denn auch in Frankreich gewinnt das Parlament in Fragen der Sicherheitspolitik an Bedeutung. Die Kunst in diesem deutsch-französischen Dialog, und das ist der Punkt, den ich unterstreichen will, wird darin bestehen, die unterschiedlichen Ansätze, die ich kurz skizziert habe, nicht als divergent, sondern als komplementär zu verstehen, als aufeinander bezogene Teilaspekte einer europäischen Antwort auf eine sicherheitspolitisch anspruchsvolle Zukunft. Diese Komplementarität ist nicht die logische Folge der jüngsten Entwicklung. Es ist eine Aufgabe, an der zu arbeiten ist.

Drittes Thema: Forschung und Innovation. Als ich mich in Berlin auf meinen Einsatz in Paris vorbereitet habe und darüber nachdachte, welche Bereiche sich besonders für eine Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit eignen, bin ich

sehr schnell auf das Thema Forschung und Innovation gestoßen. Ich muss niemanden hier im Saal davon überzeugen, dass dieser Bereich über die Zukunftsfähigkeit unseres Kontinents entscheidet. Wir werden in der hoch kompetitiven Welt von morgen nur dann eine Rolle spielen, wenn es uns gelingt, bei Forschung und Innovation an der Spitze zu bleiben. Und wenn ich sage „zu bleiben“, dann hat das schon wenig mit der Wirklichkeit zu tun. In vielen Bereichen haben wir bereits den Anschluss verloren beziehungsweise müssen uns zur Decke strecken, damit wir nicht abgehängt werden. Noch ist es, so meine Hoffnung, nicht zu spät. Deutschland und Frankreich verfügen beide über breit aufgestellte und tief gestaffelte Forschungslandschaften, hervorragende Forscherinnen und Forscher, Spitzeningenieure und Techniker.

Mit dem Crédit d'Impôt Recherche verfügt Frankreich über ein interessantes Modell der steuerlichen Forschungsförderung. Wenn ich mit deutschen Unternehmern rede, loben sie die Qualität der französischen Ingenieure, oft Absolventen der französischen Eliteschulen. Wenn wir unsere Kräfte bündeln, wie wir es in der Vergangenheit zum Beispiel bei Airbus und Ariane getan haben, sind wir in vielen Bereichen immer noch Weltspitze. Vor einigen Tagen hatte ich in meiner Residenz ein Abendessen mit dem Präsidenten der Helmholtz-Gesellschaft, Otmar Wiestler, übrigens ein gebürtiger Freiburger, dem Präsidenten der größten französischen Forschungsorganisation CNRS, Antoine Petit, und einer Reihe von führenden Wissenschaftlern im Bereich Cyber Security und Energieforschung. Gemeinsam haben wir überlegt, wie wir die bestehenden Kooperationsprojekte intensivieren und neue Felder erschließen können, immer mit dem Ziel, nicht nur Spitzenforschung zu betreiben, sondern am Ende auch zu marktgängigen Spitzenprodukten zu kommen.

Ein Beispiel, über das wir uns unterhalten haben: In Deutschland und Frankreich haben Forscherinnen und Forscher eine neue Generation von Photovoltaik-Elementen entwickelt, mit denen der bisherige Wirkungsgrad von etwa 20% auf bis zu 30% gesteigert werden kann. Bis zur Marktreife sind es vielleicht noch ein paar Jahre, aber es kommt schon jetzt darauf an, europäische Unternehmen zu finden, die bereit sind, hier eine Produktion aufzubauen. Allen steckt die Erfahrung der letzten Generation der Photovoltaik in den Knochen, als die Forschung bei uns gemacht wurde, die Produktion aber nach China abwanderte.

Wird es uns gelingen, in Europa ein Ökosystem zu schaffen, in dem Forscher, Ingenieure, Wagniskapitalgeber, Unternehmerinnen und Unternehmer nahtlos zusammenarbeiten, um solche innovativen Produkte nicht nur zu entwickeln, sondern auch zu produzieren? Von der Antwort auf diese Frage hängt ganz wesentlich unser künftiger Wohlstand ab.

Viertes Thema: die Demokratie. In unseren beiden Ländern hat sich die politische Landschaft in den letzten Jahren stark verändert und fragmentiert. Die Parteien der demokratischen Mitte verlieren zugunsten von extremen Parteien am rechten und im Falle Frankreichs auch linken Rand des politischen Spektrums. Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen nimmt ab. Nach einer Umfrage aus dem Herbst letzten Jahres glauben 35% der Franzosen, dass andere politische Systeme ebenso gut funktionieren können wie die Demokratie. Ohne vertieft in eine Ursachenanalyse eintreten zu können, wird man doch sagen können, dass angesichts einer immer unübersichtlicheren Welt die Menschen nach einfachen Antworten und entlastenden Narrativen suchen und eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern sich von der etablierten Politik nicht gehört und mitgenommen fühlt.

Wie in Deutschland, klagen die Franzosen über ein Bildungswesen, das immer weniger in der Lage ist, die nötigen Kenntnisse zu vermitteln, soziale Mobilität zu ermöglichen und gute Republikaner heranzuziehen. Sie leiden unter einem Gesundheitssystem, das in der Fläche ausfranst und unter grassierender Personalnot leidet. Die Kosten der energetischen Transformation beginnen sich bemerkbar zu machen, in Form steigender Kosten für Strom und Benzin, aber auch für die Sanierung von Häusern und Heizungen. Alles Dinge, die uns in Deutschland bekannt vorkommen. Ich bin fest davon überzeugt, dass ein intensivierter Dialog zwischen unseren politischen und gesellschaftlichen Akteuren dazu beitragen kann, zu besseren Antworten zu kommen und vor allem die Binnenbezogenheit unserer jeweiligen nationalen Diskurse aufzubrechen.

Wir als Botschaft werden jedenfalls alles tun, um den Dialog zwischen den politischen Parteien, den Sozialpartnern, den Zivilgesellschaften zu befördern. Manchmal ist es gut zu wissen, dass man mit seinen Problemen nicht allein ist. Und

noch besser ist es, wenn man voneinander lernen kann, wie man mit diesen Problemen fertig wird.

Ich wundere mich schon lange, wie weit verbreitet in der französischen Gesellschaft eine tief verankerte Abstiegsangst ist. Im Französischen hat man dafür das Wort „déclinisme“ geprägt. Und ich beobachte mit großer Sorge, dass diese Krankheit des „déclinisme“ auch in Deutschland immer mehr um sich zu greifen scheint.

Abstiegsängste und Pessimismus sind der beste Nährboden für Extremismus. Die Demokratie hingegen ist, um ein Wort unseres Bundespräsidenten aufzugreifen, die Staatsform der Mutigen, und ich ergänze: die Staatsform der Zuversicht. Wenn es uns nicht gelingt, in unseren Ländern wieder ein Klima der Zuversicht zu verbreiten, wird der Aufstieg der Extremisten schwer zu stoppen sein. Und ein solches Klima entsteht nicht durch Worte allein, sondern durch gemeinsame Idee und gemeinsames Handeln. Getragen von einem Spirit, für den Angela Merkel eine wunderbare Kurzformel geprägt hat: „Wir schaffen das!“

Deutschland und Frankreich sind unterschiedlich und werden es immer sein. Aber die Verbindung zwischen der visionären Kraft Frankreichs mit der Nüchternheit und dem Pragmatismus Deutschlands hat sich im Laufe der jüngeren europäischen Geschichte immer wieder als Erfolgsrezept erwiesen. Denken wir nur an die Europäische Gemeinschaft von Kohle und Stahl, an Projekte wie Airbus und Ariane, an unsere gemeinsame Währung, den Euro.

Claude Martin, ein typischer Vertreter eines visionären Frankreichs, entdeckt bei uns heute vor allem einen Mangel an Größe und Ambition, gute Nachbarn zu sein ist ihm eine Nummer zu klein. Ich, als nüchterner protestantischer Preuße, finde, dass gute Nachbarschaft schon einmal eine ziemlich gute Sache ist. Aber ich stimme ihm zu, dass wir uns damit nicht zufriedengeben dürfen. Wir können nicht wie kleine Hobbits im Auenland leben und auf allen gestalterischen Ehrgeiz verzichten. Oder, mit einem Wort von Sigmar Gabriel: „In einer Welt von Fleischfressern haben es Vegetarier schwer.“

Unsere beiden Länder, Deutschland und Frankreich, sind reich an Tradition, an Talenten, an Ideen. Wir haben den Willen und die Pflicht, die Welt von morgen mitzugestalten. Eine Welt, die friedlicher, nachhaltiger, gerechter ist. Die Welt hat

Anspruch auf ein starkes, selbstbewusstes Europa, ein Europa nicht der Angst, sondern der Zuversicht. Damit ein solches Europa entsteht, braucht es ein deutsch-französisches Paar, das nach vorn schaut, Gefahren nicht ausweicht und bereit ist, neue Wege zu gehen. Wie vor 100 Jahren in Freiburg. Aber heute, 100 Jahre später, mit hoffentlich größerem Erfolg.